

Ute Schäfer (SPD) stellte in ihrem Beitrag Schulministerin Barbara Sommer an den Pranger: Sie habe ein „Sommerabitur“ beschert, das an „Pannen und Peinlichkeiten nicht zu überbieten“ sei. Das „Krisenmanagement“ sei auf ganzer Linie gescheitert, zu Lasten vieler junger Menschen und auf dem Rücken vieler Lehrerinnen und Lehrer. Die Ministerin habe die Beschwerden und Anregungen von Seiten der Schulen, des Philologenverbandes und der Landeselternschaft nicht ernst genommen. Schäfer kritisierte außerdem, dass das Schulministerium nunmehr die Lehrerinnen und Lehrer sowie einzelne Schultypen wie die Gesamtschule als Verantwortliche ausmachen wolle. „Die Maßstäbe, die Sie an unsere Schüler und an die Lehrer anlegen, können Sie selbst nicht in Ansätzen erfüllen“, so die SPD-Politikern.

Ein „Sommerabitur“ mit Folgen

Fraktionen streiten um Mathe-Aufgaben im Zentralabitur

Das „Krisenmanagement beim Zentralabitur“ machten die Fraktionen von SPD und GRÜNE zum Thema einer Aktuellen Stunde im Plenum. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) habe nicht angemessen auf die Kritik von Schülerinnen und Schülern reagiert, die Mathe-Aufgaben in den Abiturprüfungen seien zu schwer gewesen. Diese Kritik wollten die Fraktionen von CDU und FDP nicht teilen. Sie verteidigten die Konzeption des Zentralabiturs und sprangen der Schulministerin zur Seite.



Michael Solf (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Michael Solf (CDU) bewertete die Diskussion um das Zentralabitur als „widerwärtig“ und „verlogen.“ Insgesamt 750 Aufgaben habe es beim zweiten Zentralabitur in NRW gegeben. Die allermeisten seien „makellos“ gewesen. Der umstrittene „Oktaeder des Grauens“ habe laut Solf die Vorgaben der Lehrpläne erfüllt. Nach Bekanntgabe der Ergebnisse werde deutlich, dass das Zentralabitur eine landesweite Vergleichbarkeit leiste: „Und natürlich muss sich auch die eine oder andere Schule mit der Frage auseinandersetzen, warum – anders als im Landesdurchschnitt – ihre Abiturienten weniger gut bestanden haben.“ Der CDU-Politiker verwies auf Berlin, wo unter der rot-roten Landesregierung 28.000 Schüler ihre Mathe-Arbeiten hätten neu schreiben müssen: „Wenn das bei uns passiert wäre, hätte mindestens der Ministerpräsident, wenn nicht sogar der Papst zurücktreten müssen.“

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) sah ein „stümperhaftes Agieren“ der Landesregierung. Durch eine „Serie von Pannen“ sei ein parteipolitisch unumstrittenes, bildungspolitisch sinnvolles Instrument beschädigt worden. Die Politikerin beschrieb das von ihr dargestellte „Chaos“ mit deutlichen Worten: Erst wegreden, dann aussitzen, dann schönreden, panisch reagieren, sich gegenseitig widersprechen, die Schuld anderen zuschieben, die Opposition beschimpfen. Verantwortlich sei ganz allein die Schulministerin, personalisierte Löhrmann ihre Vorwürfe. „Frau Sommer, Sie sind den Schülern, den Eltern, den Lehrern für diese Stümpererei eine Entschuldigung schuldig.“ Aus ihrer Sicht machten die Vorgänge im Schulministerium personelle Kon-

Ein gescheitertes Krisenmanagement warf die ehemalige SPD-Schulministerin Ute Schäfer ihrer CDU-Nachfolgerin Barbara Sommer (im Bildhintergrund) vor.
Fotos: Schälte

sequenzen notwendig. Es sei „billig“, jetzt die Schulformen gegeneinander auszuspielen und eine Gesamtschuldebatte anzuzetteln.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) zeigt sich enttäuscht vom „Konzert der schrägen Töne“, das die Opposition angestimmt habe. Fakt sei, dass sowohl der Philologenverband als auch der Realschulverband die Behauptungen zu zentralen Prüfungen der Sekundarstufe I als falsch zurückgewiesen hätten. Unbestreitbar seien beim Zentralabitur Probleme aufgetreten, die man habe vermeiden müssen. „Nun gilt es, die Gründe dafür zu analysieren, um Fehlerquellen auszuräumen“, forderte die bildungspolitische Sprecherin der FDP. Erste Schlüsse aus einer Stichprobe zeigten allerdings, dass es beim Abitur an einer „nicht unbeträchtlichen“ Anzahl Gymnasien erkennbare Verbesserungen gegeben habe. Daher müsse die Frage erlaubt sein,

warum an den Gesamtschulen viele Schüler im Vergleich zu ihren Vornoten abgesackt seien.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) wandte sich ebenfalls gegen die Vorwürfe: Im Schnitt seien die Prüfungsnoten um eine halbe Note abgesunken. Probleme habe es an klar erkennbaren Standorten gegeben. Zu den umstrittenen Prüfungsaufgaben führte sie aus, die geforderte Wahrscheinlichkeitsrechnung sei nachgewiesenermaßen lösbar gewesen. Sommer ergänzte zum Oktaeder: Man habe in den Klausuren deutlich darüber informiert, dass bei der Bewertung nicht nur die Lösung, sondern auch der Lösungsansatz zähle. Um es den „Problemfällen“ aber zu ersparen, ein zeitaufwendiges Widerspruchsverfahren anzustrengen, habe man sich für die unbürokratische Wiederholung der Klausuren entschieden. Für Sommer war damit klar: „Jeder Schüler hat eine faire Chance.“